



Sicherheitspolitik Bremen

www.sicherheitspolitik-bremen.de

Newsletter März 2017

Die EU im Krisenjahr 2017

„Die Europäische Union befindet sich in der schwersten Krise ihrer Geschichte, und keiner kann mit Gewissheit sagen, ob es die EU in fünf Jahren noch gibt oder ob sie dann auseinandergefallen sein wird“ konstatiert der zumeist nüchtern urteilende prominente Politologe Herfried Münkler.

Wenn es derzeit in der EU weitgehende Übereinstimmung gibt, dann in der Bewertung der Lage, in der sie sich befindet: ineffizient, bürokratisiert, undemokratisch, bevormundend. „Brexit“, „Trump“, „Populismus“, „Renationalisierung“, „Migration“ sind Stichworte einer pessimistischen Dramatisierung. Zum 60. Geburtstag einer historisch beispiellos erfolgreichen Organisation dominieren kleinkrämerische, mutlose Argumente das Urteil.

Es formiert sich andererseits eine Gegenbewegung, die sich bemüht, die Ideale, Erfolge, Zukunftschancen der EU wieder in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken und Energien für eine kraftvolle Wiederbelebung zu wecken. „From Vision to Action“ ist die „EU Global Strategy“ vom Juni 2016 titulierte. „Our potential is unparalleled“, „our diversity is a tremendous asset“ formuliert darin Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Zukunftsorientiert fordert sie: „The EU will promote a rules-based global order with multilateralism as its key principle and the UN at its core.“

Eine im Grundsatz positive und optimistische Sicht wird in einer Vielzahl weiterer bemerkenswerter Aussagen der jüngsten Zeit dokumentiert:

Mit einem aufrüttelnden Brief „United we stand, divided we fall“ wendet sich der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, am 31. Januar 2017 an 27 EU-Staatschefs.:

- „The challenges currently facing the European Union are more dangerous than ever before in the time since the signature of the Treaty of Rome.“
- „For the first time in our history, in an increasingly multipolar external world, so many are becoming openly anti-European, or Eurosceptic at best.“
- „Let us show our European pride.“
- „... there is no reason why Europe and its leaders should pander to external powers and their rulers.“
- „...two basic, yet forgotten, truths: firstly, we have united in order to avoid another historic catastrophe, and secondly, the times of European unity have been the best times in all of Europe’s centuries-long history.“
- „We must therefore take assertive and spectacular steps that would change the collective emotions and revive the aspiration to raise European integration to the next level. In order to do this, we must restore the sense of external and internal security as well as socio-economic welfare for European citizens.“

Im Folgenden präzisiert Tusk den Handlungsbedarf unmissverständlich und spricht insbesondere die Herausforderungen nach der Trump-Wahl an.

Ausgewogen und kritisch, dabei überzeugt von der Zukunftsfähigkeit der EU, äußert sich der engagierte Europäer Wolfgang Schäuble in einem längeren Artikel zum 70. Jahrestag der Europa-Union Deutschland: „Die europäische Einigung ist vielleicht die beste Idee, die die Europäer im 20. Jahrhundert hatten, und gewiss ist sie die beste Vorsorge für unser 21. Jahrhundert. (...) ...mit Abstand das weltweit am weitesten gediehene Modell...“. Er definiert die Schwerpunkte der notwendigen Reformen, die er derzeit nicht mit visionären Deklarationen vorangebracht sehen will, sondern pragmatisch, in realistischen Zwischenschritten, vorwiegend intergouvernemental.

Einer der engagiertesten Protagonisten der europäischen Einigung, der Vorsitzende der Fraktion der Liberalen im EU-Parlament und ehemalige belgische Premierminister, Guy Verhofstadt, kämpft an vorderster Front für die Zukunft der europäischen Idee, fordert zugleich konkrete weitreichende Reformen. In einem Interview der „Welt am Sonntag“ vom 12. Februar 2017 stellt er fest: „...es ist verrückt, 28 EU-Kommissare zu haben. (...) Zwölf EU-Kommissare reichen völlig aus. (...) ...brauchen wir aber mehr Europa in zentralen Politikfeldern. (...) Die aktuelle EU funktioniert nicht, wir brauchen einen Neustart. (..) Wir brauchen eine reale Wirtschaftsregierung, ein europäisches Finanzministerium, einen europäischen Finanzminister, ein eigenes Budget für die Euro-Zone (...) ...was wir jetzt brauchen, ist eine langfristige Strategie, eine Vision. (...) Es geht jetzt wirklich um die Frage: Wird die EU morgen noch existieren oder nicht?“

Erwähnenswert ist in diesem Kontext eine nur wenig beachtete Initiative, die durch den Präsidenten des kleinen Mitgliedslandes Slowenien propagiert wird, die „Ljubljana Initiative“. Intellektuelle und Politiker legen unbeeindruckt von Misserfolgen der Vergangenheit und entgegen allen aktuellen Trends den kompletten „Entwurf einer EU-Verfassung“ vor. Die Verfasser „recognise the present historic moment and its accumulation of crises and conflicts as an opportunity to take a decisive step forward, initiate a new constitution-building process to complete in a constructive manner the more than half-century-long history of the European Union’s crises and reform.“ Einige in dem Entwurf enthaltene progressive Vorschläge sind die Schaffung einer europäischen Staatsbürgerschaft, europaweite Parteien, ein 2-Kammer-EU-Parlament, die Direktwahl eines EU-Präsidenten mit weitgehenden Kompetenzen. Auch wenn die Realisierungschancen dieser Initiative sich in Grenzen halten, so sind sie doch geeignet, die Debatte zu beleben und mutige, innovative Gedanken einzubringen.

Im Brennpunkt der „Münchener Sicherheitskonferenz“ am 17.-19.02.2017 stand die Übernahme zusätzlicher sicherheitspolitischer Verantwortung durch die europäischen Nato-Staaten und damit vor allem die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der EU. Obwohl die EU in der Einschätzung ihrer Kompetenz derzeit nicht gerade Konjunktur hat, gab es einige bemerkenswerte, fast euphemistische Aussagen zu ihrem Potential. Der von Vielen erhoffte belebende Schub angesichts der transatlantischen Irritationen zeichnete sich deutlich ab:

Federica Mogherini, „Außenministerin“ der EU, entwarf in ihrer Rede wie schon in der „EU Global Strategy“ ein kraftvolles Bild: „Let me bring here the voice of a proud European (...) ...that the European Union is much, much stronger than we Europeans realise... (...) ...it is a security provider, globally. (...) ...this combined approach when you have the soft and the hard power together and you do it the smart way, I think is the way and the only way to face our security challenges today.“

Und Sigmar Gabriel, frisch gebackener deutscher Außenminister, bekannte sich, wenn auch mit vielen kritischen Anmerkungen, mit einem überzeugenden Plädoyer zur europäischen Einigung: „...es gibt auch einen europäischen Exzeptionalismus, der darin besteht, dass auch wir unsere Werte für einzigartig in der Welt halten... (...) Ich kenne keine Region der Welt, in der man so friedlich, so demokratisch und so sozial sicher leben kann wie in der Europäischen Union. Europa ist das größte Zivilisationsprojekt des 20. Jahrhunderts und auch im 21. Jahrhundert beneiden uns viele in der Welt um unsere Probleme.“

Am 01. März 2017 veröffentlichte die Europäische Kommission das „Weißbuch zur Zukunft Europas“. Mit diesem Dokument unternimmt Jean-Claude Juncker den Anlauf, zum 60. Jahrestag der Union Weichen zu stellen für „die EU der 27 im Jahr 2025“. Seine „Überlegungen und Szenarien“ liefern entscheidende Denkanstöße für Entscheidungen der Staatschefs auf der Tagung des Europäischen Rates Ende 2017.

In 5 Szenarien werden grundsätzliche Optionen für den weiteren Weg zur Diskussion gestellt: „Weiter so wie bisher“ – „Schwerpunkt Binnenmarkt“ – „Wer mehr will, tut mehr“ – „Weniger, aber effizienter“ – „Viel mehr gemeinsames Handeln“. Alle 5 Optionen zielen auf einen Erhalt der Union. Sie spiegeln die Bandbreite realistischer Ambitionen wider. Zu hoffen ist, dass die Entscheidungen des kommenden Jahres auf die Auswahl einer Option (oder Kombination einiger Optionen) zulaufen, die eine Stärkung des Zusammenhalts der Union im Sinne ihrer Gründer und nicht eine schleichende Renationalisierung bedeutet. Dies schließt die Optionen 1 und 2 aus.

Die EU ist ein historisch beispielloser und weltweit einzigartiger Zusammenschluss, ein revolutionäres Ordnungsmodell, Vorbild für zukunftsfähige Vereinigungen in anderen Weltregionen. Der Wertebezug ist progressives Charakteristikum des Modells EU: Freiheit, Toleranz, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz, soziale Marktwirtschaft. Dieses Modell eines werteorientierten Staatenverbundes bündelt die Kräfte von Staaten unterschiedlicher Größe und Bedeutung, die im 21. Jahrhundert als Einzelnationen ihre Interessen nicht mehr angemessen wahrnehmen können, weltweiten Risiken schutzlos ausgeliefert sind. Nur supranationale Strategien können solche Risiken eindämmen. Besondere Kompetenz hat die EU in der Anwendung zivil-militärischer Mittel entwickelt.

Es ist offensichtlich an der Zeit, die EU zukunftsorientiert, innovativ und optimistisch zu beleben, sie „neu zu erfinden“. Ihre globalpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten mit ihrem stabilisierenden und friedenserhaltenden Potential, aufbauend auf ihren historischen Verdiensten, müssen wieder verdeutlicht und im Bewusstsein der Öffentlichkeit stärker verankert werden.

Die Strahlkraft auf die Nachbarschaftsregionen hat die Stabilisierung Europas nach der Zeitenwende 1989/90 ermöglicht und die Osterweiterung mit ihrem gesellschaftlichen Transformationsprozess zu einer Erfolgsgeschichte werden lassen. Die Verleihung des Friedensnobelpreises unterstreicht dieses Verdienst. Meinungsfragen dokumentieren, dass die mehrheitliche Zustimmung der Bevölkerung zur Gemeinsamkeit, insbesondere zur gemeinsamen Verteidigung, trotz vieler Misserfolge und populistischer Gegenbewegungen ungebrochen ist.

Visionen sind nicht nur erlaubt, sondern notwendig, soweit sie, zumindest mittelfristig, mit Realisierungschancen verbunden sind. Es ist viel mehr möglich als uns vielfach bewusst ist; es fehlt jedoch an zuversichtlicher Grundstimmung. Eine „Europa-Armee“ ist beispielsweise durchaus in überschaubarem Zeitrahmen realisierbar; sie hätte eine symbolische Wirkkraft wie „Schengen“ und der „Euro“. Die erforderliche Basis einer intensivierten GSVP, der Weg zur Europäischen Verteidigungsunion, liegt voll im Trend der aktuellen politischen Lage.

Als Argument gegen die Zukunftsfähigkeit des EU-Projekts muss häufig das angebliche Fehlen einer „europäischen Identität“ herhalten. Diese vage Behauptung negiert, dass ein europäisches Bewusstsein und Zusammengehörigkeitsgefühl in der Realität und Praxis bereits so ausgeprägt ist, dass dies als Selbstverständlichkeit empfunden wird. Europaflagge, -hymne und -pass werden heute bereits geschätzt. Ein europäischer Verfassungspatriotismus ist im Grunde schon ohne geschriebene Verfassung gegeben. Erinnert werden sollte auch, dass ein europäisches Bewusstsein nicht etwa eine Erfindung der jüngsten Geschichte ist, sondern bereits über Jahrhunderte hinweg gelebte Praxis in einem gemeinsamen Kulturraum war. Eine denkbare transatlantische Entfremdung würde, wenn auch ungewünscht, ein europäisches Gemeinschaftsgefühl verstärken.

Zur Ehrlichkeit und Klarheit des Konzepts EU gehört eine Finalitätsaussage. Das Modell „Staatenverbund“ muss eindeutiger, dabei zukunfts offen, entwicklungs- und anpassungsfähig definiert werden. Ziel bleibt „mehr Europa“ mit weiterer Vergemeinschaftung in Kernbereichen, insgesamt jedoch auf neuen, differenzierten Wegen, gekennzeichnet durch Flexibilität und Subsidiarität. Die weitere Bündelung nationaler Souveränität auf supranationaler Ebene, unter voller Akzeptanz der damit verbundenen gegenseitigen Abhängigkeiten und Ausdehnung des Mehrheitsprinzips in EU-Gremien bestimmt den Weg. Die Erweiterung muss Programm der Union bleiben, die Grenzen sind dabei nicht geographisch, sondern inhaltlich definiert.

Ein Kerneuropa entsteht, um das sich in Form konzentrischer Kreise ein „Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten“ gruppiert. Münkler spricht von „einem Kerneuropa mit Kreisen und Ellipsen“. Vielfältige Kooperationsformen unter Nutzung des Instruments der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ bieten sich an. Die Organisationsebene unterhalb der Nation – die Region – sollte dabei an Gewicht gewinnen, da sie in

besonderem Maße eine Identifizierung der Bürger mit dem Gesamtprojekt ermöglicht. Vorrangiger Handlungsbedarf besteht in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der GSVP.

Die aktuelle gesamtpolitische Lageentwicklung (Trump, Brexit, Rechtspopulismus etc) stellt die EU vor Herausforderungen unerwarteter Dimension. Sie bietet aber auch ungeahnte Chancen, Kräfte zu bündeln und sich zukunftsfähig als Anker der liberal-demokratischen Gesellschaftsordnung in der multipolaren Welt mit erodierenden Machtzentren zu positionieren, sich als Alternative zu autoritären Systemen zu erweisen. Vorhersehbare Schwächen der Akteure USA, England und NATO eröffnen Freiräume. Die EU ist in der Vergangenheit aus Krisen immer gestärkt hervorgegangen. Ihre Organisationsform hat sich in besonderem Maß als anpassungs- und reformfähig erwiesen. Es bedarf des politischen Willens der Eliten und des zivilgesellschaftliche Drucks der Basis, um den Erfolg des Jahrhundertprojekts EU zu sichern und auszubauen.